

Wer von der Russischen Revolution spricht, meint zumeist den Umsturz vom 25. auf den 26. Oktober 1917. In der Tat hat die nachfolgende Geschichte des 20. Jahrhunderts diesem Ereignis die größere Bedeutung verliehen. Nach der Selbstbehauptung der Bolschewiki im Bürgerkrieg von 1917–1921, der eigentlich ein nachgeholter Revolutionskrieg war, entstand die Sowjetunion als erster groß angelegter Versuch, die im 19. Jahrhundert in Deutschland und Westeuropa geborene Idee des Sozialismus in die Praxis umzusetzen. Der Oktoberumsturz wurde zum Gründungsmythos des Experiments eines weltgeschichtlich neuen Typs staatlicher, wirtschaftlicher und sozialer Organisation, der sich nach dem Sieg über den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg bis nach Mitteleuropa und im Zuge des Zerfalls der Kolonialreiche über den halben Globus ausgebreitet hat. Neben dem Ende des Ersten Weltkriegs und der 14-Punkte-Erklärung des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson (vom 8. Januar 1918), mit der die Vereinigten Staaten erstmals als Ordnungsmacht in Europa eingriffen, hat die Genese des ersten sozialistischen Staates im Staatsstreich vom Oktober zu Recht Anlass gegeben, das Doppeljahr 1917/18 zum Beginn der »Zeitgeschichte« als Geschichte der jüngsten Zeit zu erklären. Man mag darüber streiten, ob diese mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks 1989/91 zu Ende gegangen ist oder nur eine weitere tiefe Zäsur (vergleichbar mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs) erfahren hat. Außer Frage steht, dass die unmittelbaren Folgen des »Roten Oktober« bis an die Schwelle der Gegenwart reichen und das gesamte 20. Jahrhundert maßgeblich bestimmt haben.

Diese Bedeutung des bolschewistischen Umsturzes sollte aber nicht vergessen lassen, dass ihm ein anderer vorausging. Was Ende *Februar* – nach dem westeuropäischen, gregorianischen Kalender in der zweiten Märzwoche – 1917 geschah, kann in vieler Hinsicht so-

gar mit mehr Recht beanspruchen, eine Revolution gewesen zu sein. Wenn sich »Revolution« nicht nur durch eine tief greifende Umwälzung der Rechts- und Sozialordnung definiert, sondern auch durch den manifesten Zorn aktiv protestierender Massen, dann galt dies nur für die letzte Februarwoche, nicht für die Oktobernacht. Historisch aber im Sinne epochaler Ereignisse waren beide, nur gleichsam in umgekehrter Richtung. Die Februarstreiks und -demonstrationen brachten mit der dreihundertjährigen Herrschaft der Romanov-Dynastie auch die Monarchie als solche zum Kollaps; der Putsch vom Oktober dagegen markierte einen Anfang, der die weltweite Systemkonkurrenz zwischen marktwirtschaftlich-kapitalistischer Demokratie und planwirtschaftlich-zentralistischem Einparteiensstaat begründete.

Dazwischen lag die halbjährige Übergangszeit des sogenannten Februarregimes. Dass sie aus dem allgemeinen Geschichtsbewusstsein weitgehend verschwunden ist, hat sie nicht verdient und widerspricht der großen Aufmerksamkeit von Seiten der historischen Forschung. Denn es versteht sich von selbst, dass nicht zuletzt in diesen Monaten sowohl die Chancen für eine andere Zukunft Russlands zu finden sind als auch die Ursachen für den abermaligen Regimewechsel und jenen Weg, der nicht nur aus postsowjetischer Sicht in die Katastrophe führte.

## Voraussetzungen

Auch eine Revolution kündigt sich an. Zwar verdichten und bündeln sich in ihr verschiedene desintegrative Vorgänge, die eruptiv zum Ausbruch kommen und ein Höchstmaß an zeitlicher Beschleunigung erreichen. Aber auch eine Revolution springt nicht aus der Geschichte heraus, auch sie markiert eine Wende im Sinne der Verbindung von Kontinuität und Bruch. Sechs Faktoren seien genannt, die in ihrem Zusammenwirken hauptsächlich als Ursachen in Frage kommen. Die-

ser Auswahl liegt die Vorentscheidung zugrunde, dass der Erste Weltkrieg und die besonderen Lasten und Spannungen, die er mit sich brachte, allein nicht ausreichen, um die Ereignisse verständlich zu machen. Zugleich dürfen die langfristigen Entwicklungen nicht deterministisch missverstanden werden. Sie machten durchaus auch den Weg für eine andere, liberal-konstitutionalistische und marktwirtschaftlich-westliche Umformung des Zarenreiches frei. Dabei vergrößerten sie aber die Spannungen in Staat und Gesellschaft und verringerten die Widerstandskraft gegen destabilisierende Tendenzen.

(1) *Industrialisierung und Arbeiterschaft* sind schon deshalb an vorderer Stelle zu nennen, weil sich die Ereignisse des Jahres 1917, ausgehend von Petrograd (wie St. Petersburg seit August 1914 hieß), vor allem in den Städten abspielten. Die blamable Niederlage des Zarenreiches gegen Frankreich und England im Krimkrieg (1854–56) hatte Anlass gegeben, eine grundlegende wirtschaftliche und soziale Erneuerung auf den Weg zu bringen. Neben den »großen Reformen«, namentlich der Aufhebung der Leibeigenschaft (1861), der Justizreform (1864) und der Einrichtung von Selbstverwaltungsorganen auf Gouvernementebeine (*zemstva*, 1864), gehörte dazu nicht zuletzt eine kalkulierte Strategie zum Aufbau einer eigenen Schwerindustrie. Über Textilien und sonstige Produkte der Leichtindustrie hinaus sollte Russland in die Lage versetzt werden, selber Lokomotiven, Dampfmaschinen und Kanonen herzustellen. Mit entsprechenden, zumeist großen Unternehmen, die dank ausländischem Kapital und staatlicher Förderung errichtet wurden, kamen mehr und mehr Arbeiter in die Städte. Auch der Verzicht auf Freizügigkeit und die Beibehaltung der Passkontrolle durch die Dorfgemeinde konnten eine rapide Urbanisierung nicht verhindern. Beides, die Anziehungskraft von Lohn und Brot und die »abstoßende« Kraft einer rapide zunehmenden Überbevölkerung auf dem Land, machten alle Versuche der Autokratie (der russischen, durch besondere Machtfülle gekennzeichneten

Variante des Absolutismus) zunichte, die Entstehung von Arbeiterorten, Massenelend und einer »sozialen Frage« in den wenigen, aber relativ umso größeren Städten des Reiches zu verhindern.

Auf die Entstehung eines »vierten Standes« aber war die zarische Gesellschaft denkbar schlecht vorbereitet. In einem merkwürdigen Übergangsstadium zwischen teilweise überwundener korporativer Gliederung und prinzipieller, unterhalb des Adels entstehender Rechtsgleichheit verharrend, bot sie ihm keinen gesicherten Platz. Die Arbeiterschaft passte nicht in die überkommene agrargesellschaftliche Ordnung. Sie blieb ein Fremdkörper, den trotz partieller Modernisierungsbereitschaft weder die Autokratie akzeptierte noch der Adel, der den Staat weiterhin trug. Wenn die Regierenden dennoch vergleichsweise früh Maßnahmen zum Arbeiterschutz ergriffen (beginnend mit der »Fabrikinspektion« 1882), dann taten sie das, um »englischen Zuständen« vorzubeugen. Aber sie verfahren dabei nicht so konsequent wie Bismarck. Eine obligatorische Kranken- und Unfallversicherung wurde erst 1912 eingerichtet, als große Teile der Arbeiter zumindest in den Hauptstädten Moskau und St. Petersburg längst unter dem Einfluss der Sozialdemokraten (RSDRP) standen.

Die Autokratie verweigerte vor allem eines: politische Rechte. Zwar durften auch Arbeiter wählen, als der Zar am 26. April 1906 eine Verfassung in Kraft setzte (und damit das – im sog. Oktobermanifest – gegebene Versprechen vom Vorjahr einlöste). Doch abgesehen davon, dass ihre Stimmen infolge eines Kurienwahlrechts weniger Gewicht besaßen, ließ er die ersten beiden Parlamente (Duma) schon wenige Monate nach ihrem Zusammentreten auflösen. Das neue Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 machte die Arbeiterstimmen vollends zu einer *quantité négligeable*. Und auch die im Herbst 1905 auf dem Höhepunkt der ersten russischen Revolution ebenfalls zugelassenen Gewerkschaften wurden nach der Rekonvaleszenz der Autokratie wieder verboten. Wenn es eine Chance wenigstens zu ihrer »negativen Integration« nach deutschem Vorbild gab, so wurde sie vertan. Die

Zeichen standen auf Radikalisierung, zumal auch in der Unternehmerschaft ein neuer Typus Oberhand gewann, der weniger patriarchalisch, dafür umso interessenbewusster dachte und seinen Vorteil mit harter Hand durchzusetzen suchte.

(2) Russland war in einem solchen Maße agrarisch geprägt, dass es ohne Mithilfe der *Bauernschaft* keine Revolution geben konnte. Wie allerdings die Aufstände von 1905–06 und 1917 zu erklären sind, ist wieder unklarer geworden. Dem alten, noch aus späzarischer Zeit stammenden Szenario eines Teufelskreises von demographischer Explosion, Landverknappung, Raubbau und sinkender agrarischer Produktivität sind Befunde gegenübergestellt worden, die zumindest im Großraum Moskau auf eine marktorientierte, prosperierende Landwirtschaft hindeuten. Mithin könnten Bauern sich nicht nur aus Not erhoben haben, sondern auch – ein häufiger Befund der vergleichenden Revolutionsforschung – infolge gewachsener, aber enttäuschter Erwartungen. Das Resultat blieb dasselbe: brennende Gutshöfe, geplünderte Vorratsspeicher und eigenmächtige Inbesitznahme von Land, besonders jener »abgeschnittenen Landstücke«, die vor der schwierigen Entflechtung von Guts- und Bauernwirtschaften im Gefolge der Aufhebung der Leibeigenschaft von der Dorfgemeinde bewirtschaftet worden waren und von dieser beansprucht wurden.

Die »schwarze Umteilung« solcher Art, seit Jahrhunderten der Schlachtruf rebellischer Bauern, ging mit entschieden größerer Gewalt einher als Streiks und Demonstrationen der Arbeiter. Nicht ohne Grund waren sie das eigentliche Menetekel vormoderner, ständisch-korporativ geschichteter Agrarstaaten, zu denen das Zarenreich ebenso gehörte wie die meisten *Anciens régimes*. Für Land und Ernte, um die man *in natura* stritt, gab es keinen monetären oder organisatorisch-institutionellen Ausgleich wie Lohnerhöhungen oder verbesserte Arbeitsschutzbestimmungen. Zugleich brachen solche Aufstände zumeist ebenso schnell wieder zusammen, wie sie entstanden waren. Agrarischer Sozialprotest war – nicht nur in Russland

– in der Regel spontan und kurzlebig. Die Bauern kehrten wieder in ihre Hütten zurück, wenn sie sich genommen hatten, was sie wollten. So war es im heißen Herbst 1905, und so war es im Spätsommer 1917. Vollends ruhig blieb es nach Kriegsbeginn 1914. Da die große Mehrheit der Rekruten aus dem Dorf kam, gab es hier kaum noch jemanden, der sich gegen die Obrigkeit hätte erheben können. Nur irrte gründlich, wer daraus den Schluss zog, die Bauern seien befriedet oder gar saturiert.

Bei alledem bleibt die Frage offen, warum Bauern zwar schon seit Menschengedenken periodisch gegen ihre unmittelbaren Herren aufbegehrten, aber dies nie zusammen mit unzufriedenen Städtern und deren Wortführern, der Intelligenz, getan hatten. Erst diese neue Verbindung verlieh dem agrarischen Sozialprotest revolutionäre Qualität. Allem Anschein nach hat die Antwort mit langfristigen Veränderungen zu tun, die den parochialen dörflichen Horizont aufbrachen und für überregional-gesamtstaatliche Probleme öffneten.

Vieles spricht dafür, dass diese Erweiterung des Blicks und Interesses vor allem von zwei Faktoren gefördert wurde. Zum einen spülte die Wanderarbeit (*otchod*) immer mehr Bauern saisonal oder für ganze Lebensabschnitte in die größeren Städte, wo sie mit allgemeinen sozialen und politischen Fragen konfrontiert wurden und auf Angehörige der oppositionellen Intelligenz trafen. Zum anderen hatten immer mehr in der Armee zu dienen, die sie außerhalb ihrer Heimatregionen stationierte oder sogar in Kriege schickte. Vor allem die verlustreichen Kämpfe in Fernost gegen Japan 1904–05 lösten eine massive Politisierung der bäuerlichen Soldaten aus. Gleiches wiederholte sich an den Fronten des Ersten Weltkriegs.

(3) Wirtschaftlicher, sozialer und administrativer Wandel ging zumindest in den Städten mit *kultureller Modernisierung* einher. Ein Land, das sich anschickte, eine konkurrenzfähige Industrie aufzubauen, Gesetzeskonformität durch ein zeitgemäßes Justizsystem zu befördern und durch Dezentralisierung die Effizienz der regionalen Ad-

ministration zu verbessern, brauchte eine deutliche Erhöhung der Breitenqualifikation. In der Tat leisteten die *zemstva* beim Aufbau eines Bildungswesens und in der öffentlichen Gesundheitsvorsorge Erstaunliches. Der Staat baute die Universitäten aus und zog eine Leistungselite aus Lehrern, Agronomen, Ärzten, Juristen und Ingenieuren heran, die in erheblichem Maße unter den Einfluss westeuropäischer politischer Ideen und allgemein weltanschaulich-moralischer Vorstellungen geriet. Diese galten als fortschrittlich; an ihnen richteten viele ihre Lebensziele und –gewohnheiten aus. Die kulturelle Modernisierung, zu der auch die Entstehung einer publizistischen Öffentlichkeit gehörte, lief bei aller slavophilen Gegenströmung auf eine Verwestlichung hinaus – bis hin zur Rezeption und höchst eigenständigen Fortentwicklung der neuen Ausdrucksformen in Literatur und Kunst. Eine Intelligenz (im formalen Sinn der Hochschulabsolventen) entstand, die für Reformen aufgeschlossen und immer weniger bereit war, sich in ihrem öffentlichen Engagement von einem allgegenwärtigen Staat einschränken zu lassen. Sicher wäre es verfehlt, Intelligenz und Opposition gleichzusetzen. Erst recht waren intelligent und »revolutionär« keine Synonyme. Aber schon der Umstand, dass die meisten »Akademiker« im Dienst der *zemstva* oder der städtischen Selbstverwaltungen standen, trug zu einer deutlichen Disposition für Kritik an der Autokratie bei.

(4) Mit dem sozioökonomischen und kulturellen Wandel hielt der politische nicht Schritt. Dies war ein Grunddilemma der Reformen: dass die Autokratie ihre eigene Modernisierung aussparte. Was wichtige Gruppen der Gesellschaft – nicht zuletzt der in den *zemstva* engagierte Adel – forderten, politische Teilhabe in Gestalt einer Volksvertretung, konnte sie nur gewähren, wenn sie sich als solche beseitigte. In der Revolution von 1905 versuchte sie die Quadratur des Kreises. Unter dem Druck des Generalstreiks in St. Petersburg gewährte der Zar im sog. Oktobermanifest eine *Duma*, beschränkte ihre Rechte aber – nach dem faktischen Sieg über die Aufständischen im

Dezember – bei der konkreten Ausarbeitung der Verfassung auf ein Minimum. Ohne die Regierung wählen und zur Verantwortung ziehen zu können, bei alleiniger Exekutivkompetenz des Zaren (der sich auch weiterhin Autokrat nannte), blieb das Parlament formal weitgehend machtlos. Max Weber hat dafür den Begriff des »Scheinkonstitutionalismus« gefunden. Faktisch war das »konstitutionalistische Experiment« zwar weit erfolgreicher als auf dem Papier, da nicht nur Parteien und eine pluralistische Presse entstanden, sondern auch öffentliche Debatten über wichtige politische Entscheidungen zur Regel wurden. Dennoch blieb ein fundamentales Defizit an gesellschaftlich-parlamentarischer Kontrolle. Die Forderung nach seiner zumindest faktischen Aufhebung (»Regierung des gesellschaftlichen Vertrauens«) strahlte weit über den »linken«, demokratischen Liberalismus hinaus bis ins Lager der moderaten Monarchisten und bewies im Krieg ihre Eignung, höchst verschiedene Parteien zusammenzuführen.

(5) Aus der doppelten Diskrepanz zwischen sozioökonomischem und kulturellem Wandel sowie politischer Partizipationsverweigerung einerseits und dem nachholenden Charakter dieser partiellen Modernisierung im Vergleich zu Westeuropa andererseits resultierte der Tatbestand, dass sich die Unzufriedenheit über die mangelnde Synchronie der Veränderungen mit importierten Ideologien und nachgeahmtem Organisationswissen verband. Obwohl die Arbeiterschaft in der Gesamtbevölkerung nach Promillen zählte, entstand eine marxistische Bewegung. Obwohl die Bauern lange nichts von antizarischen Parolen wissen wollten, bildeten sich konspirative Zellen, die den Sturz der Autokratie und ihre Ersetzung durch einen agrarsozialistischen Staat anstrebten. Transfer und transnationale Verflechtung kompensierten hier fehlende autochthone Voraussetzungen. Beide Strömungen, Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre (PSR), die sich als Parteien mit Führungen im Exil organisierten und in erheblichem Maße von der Intelligenz getragen wurden, ver-

standen sich als radikale Opposition gegen die Autokratie. Anders als die linksliberalen »Konstitutionellen Demokraten« (abgekürzt: Kadetten) und der rechtsliberale »Bund des 17. Oktober« (benannt nach dem Oktobermanifest, mit dessen Versprechen er sich zufrieden geben wollte) propagierten sie den gewaltsamen, bewaffneten Aufstand, der auch eine soziale Revolution herbeiführen sollte. In ihnen entstand dem *Ancien régime* ein unversöhnlicher Feind.

(6) All diese lang- und mittelfristigen desintegrativen und konfliktträchtigen Entwicklungen nahmen unter der zusätzlichen Last des Krieges eine neue Qualität an. In synchroner Verschlingung multiplizierte sich ihre Wirkung. Die Aufwallung nationaler Geschlossenheit (»Burgfrieden«), die es im August 1914 auch in Russland gab, hielt nicht lange vor. Spätestens im September 1915, als der Zar das Parlament einmal mehr nach Hause schickte, verfestigten sich die Spannungen zu Gegensätzen, die einen Kompromiss unter Wahrung des inneren Friedens kaum noch zuließen. Die *zemstva* und die städtischen Selbstverwaltungen, die sich zu einem reichsweiten Verbund zusammengeschlossen hatten, bildeten gemeinsam mit verschiedenen liberalen Parteien in der Duma das Rückgrat eines (bis zu den moderaten Monarchisten reichenden) Progressiven Blocks, der die Forderung nach Teilnahme an der Regierung mit neuem Nachdruck erhob. Um dieselbe Zeit flammten die Streiks der hauptstädtischen Arbeiter, die im Vorkriegsjahr einen Höhepunkt erreicht, danach aber im Geiste nationaler Solidarität und als Folge der Mobilmachung abgeflaut waren, wieder auf. Fortan weiteten sie sich, angefacht durch dramatisch zunehmende Versorgungsprobleme, Brennstoffmangel und einen ungewöhnlich kalten Winter 1916/17 zu einem Flächenbrand aus, den die Autokratie nicht mehr einzudämmen vermochte. Das Dorf blieb zwar ruhig, stand aber gleichsam in Warteposition. Selbst Sympathisanten schüttelten den Kopf über den blinden Starrsinn, mit dem sich Zar Nikolaus II. den Forderungen des Parlaments verschloss, und den arroganten Leichtsinn, der die Zarin veranlasste,

den von ihr verehrten »Wunderheiler« Rasputin auch bei seinen politischen Intrigen gewähren zu lassen.

Bei alledem schlossen sich die Gegner der Autokratie nicht zu einem Zweckbündnis zusammen. Die hungernden städtischen Unterschichten hatten nichts gemein mit den Professoren, Fabrikanten und Adeligen der parlamentarischen Opposition. Umgekehrt fürchtete die »Gesellschaft« (von Besitz und Bildung) die Gewalt der »Straße« ebenso, wie sie die tief sitzende Angst des Adels vor der »Anarchie« des »dunklen Volks« teilte. Die Ziele der beiden Oppositionsgruppen waren und blieben höchst unterschiedlich: Mitsprache und Machtteilhabe wollten die einen, Brot und Sicherung minimaler Lebensbedürfnisse die anderen. Politisches Aufbegehren stand gegen soziales Aufbegehren, die Forderung eines Regimewechsels gegen die soziale Revolution. Diese Konstellation zweier Herausforderer, die denselben Gegner, aber nicht dasselbe Ziel hatten und einander nicht weniger fremd waren als dem gemeinsamen Feind, ist vor Jahrzehnten unter Rückgriff auf menschwistische Kommentare der Vorkriegszeit als »doppelte Polarisierung« bezeichnet worden. Trotz mancher Kritik, die zu partiellen Korrekturen geführt hat, bietet dieser Begriff immer noch das plausibelste Konzept, um beides zugleich zu erklären: sowohl den Zusammenbruch der Autokratie unter dem parallelen Ansturm von »unten« und »oben« als auch das Spannungsverhältnis zwischen beiden Revolutionen, das zur gewaltsamen Lösung drängte, wenn auch nicht notwendig zu derjenigen, die schließlich im Oktoberumsturz Wirklichkeit wurde.

## Februarrevolution

Was am 23. Februar begann, wurde im Laufe der Woche zur Revolution – zur eigentlichen des Jahres 1917. Denn in diesen Ereignissen kamen deren (am französischen Urbild von 1789 orientierte) wesentliche Kennzeichen zusammen: die Beteiligung des *menu peuple* in

stammte der Gründer einer Organisation, die sich den Namen »Wissenschaftliche Arbeitsorganisation« (*NOT*) gab und die Verbreitung entsprechender Ideen zu ihrer Aufgabe erklärte. Der Sozialismus, der alle Ausbeutung beseitigen wollte, übernahm die raffiniertesten Methoden zur Effektivierung der Produktion. In einem »Zentralinstitut für Arbeit« richtete er sogar eine eigene Forschungsstelle ein, die Taylors Labor noch übertreffen sollte. Und eine »Zeitliga«, ebenfalls von Enthusiasten einer maschinisierten Welt erdacht, sollte helfen, auch Alltag und Freizeit zu optimieren.

Indes ging die Gleichung: Kommunismus = Taylorismus plus Sowjetmacht zum Leidwesen der Betroffenen ebenso wenig auf wie die bekannte Leninsche Formel vom Kommunismus als Elektrifizierung plus Sowjetmacht. Der Zauberstab des »Klassenstandpunkts« wirkte nicht. Was im Kapitalismus von Übel war, verwandelte sich im Rätestaat nicht in den Segen besonders schneller Produktivitätsfortschritte. Stattdessen blieb alles beim Alten und eilte die Ideologie der Realität davon. Was nach Jahrzehnten auch Parteidiktatur und Propagandamonopol nicht mehr zu neutralisieren vermochten und der Sowjetunion schließlich (unter anderem) den Garaus machte: die unüberbrückbare Kluft zwischen Anspruch und Realität trat von Anfang an zutage. Die kulturelle Dimension der revolutionären Umwälzung in den Jahren 1917–21 verdient schon deshalb größere Beachtung als bisher, weil sie auf diesen Geburtsfehler der Gesamtordnung verweist.

## VERTIEFUNGEN

### Sowjet, Räteverfassung

Als die Bolschewiki in der Frühe des 6. Januar 1918 die Konstituierende Versammlung auflösten, ging die kurze Geschichte des Parlamentarismus im vorsowjetischen Russland endgültig zu Ende. Stattdessen brachten die Sieger die erste Räteverfassung der Welt auf den Weg, deren endgültiger Text vom fünften Allrussischen Sowjetkongress am 10. Juli 1918 verabschiedet wurde. Nach der Rückeroberung beinahe des gesamten Territoriums des ehemaligen Zarenreichs (mit Ausnahme von Polen, Finnland und Bessarabien) und der Fusion der hier begründeten Sowjetrepubliken zur Sowjetunion Ende 1922 passte man die Struktur der Entscheidungsorgane und die Kompetenzverteilung zwischen ihnen zwar an; ansonsten aber ließ die neue Verfassung vom 31. Januar 1924 alles beim Alten. Und auch die Verfassungen von 1936 und 1977 – der letzten vor der *Perestrojka* – änderten die politische Ordnung nicht wesentlich. Es blieb beim Anspruch, das Parlament als Vertretung der wahlberechtigten Staatsbürger und Inhaber »ihrer« Souveränität durch eine vermeintlich überlegene Institution und eine darauf gegründete Staatsstruktur zu ersetzen.

Dabei konnten die neuen Machthaber auf ein Vorbild aus der russischen Geschichte zurückgreifen. Denn der *sovjet* hatte zwar viel Ähnlichkeit mit der Pariser *Commune* von 1870, die Lenin im Sommer 1917 dem ersten bolschewistischen Traktat über die Struktur des künftigen Staates (»Staat und Revolution«) zugrunde gelegt hatte. Aber als eigentliches Modell dessen, was in den Februartagen entstand, diente der Petrograder Arbeiterrat vom Herbst 1905. Dessen Abstammung wiederum ergibt sich aus den Ereignissen dieses ersten Jahres der ersten Russischen Revolution. In den wochenlangen

Arbeiterstreiks, die den Schüssen auf friedliche Demonstranten vor dem Winterpalast am 9. Januar gefolgt waren, hatten sich vielerorts Streikräte als Koordinierungszentren gebildet. Besondere Ausstrahlung ging von einem solchen Gremium in Ivanovo-Voznesensk, dem Hauptort der russischen Textilindustrie, aus, wo der Aufstand besonders lange dauerte. Von hier sprang der Funke nicht nur in das nahe gelegene Moskau über, sondern auch in die Hauptstadt selbst. In St. Petersburg fiel den Menschewiki dabei eine Schlüsselrolle zu; aber auch linksliberale Aktivisten freiberuflicher Verbände (Rechtsanwälte, Apotheker, Ärzte, Professoren) beteiligten sich. Als praktische Umsetzung der »revolutionären Selbstverwaltung« bildete der St. Petersburger Sowjet sechs Wochen lang eine Art Revolutionsregierung. Mit seiner Auflösung durch zarische Truppen am 4. Dezember 1905 begann der Anfang vom Ende der Erhebung. Idee und Erfahrung der Räte aber gingen nicht verloren.

Es lag daher nahe, dass sie in den letzten Februartagen 1917, als der Protest abermals zur Revolution anschwellte, wieder auflebten. Charakter und Funktion des Gremiums blieben dabei zunächst unverändert. Der Sowjet sollte eine Art »Direktorium« des Arbeiteraufstands sein, das seine Wurzeln als Streikkomitee nicht verleugnete. Gewählt wurde in den Betrieben; die Delegierten gehörten der Arbeiterschaft oder denjenigen revolutionären Parteien an, die sich zu Fürsprechern der Arbeiterschaft erklärten. Das Wahlrecht war an den Status eines »Werk tätigen« gebunden; Unternehmer und leitende Angestellte, wo immer die Grenze zu ziehen war, blieben ausgeschlossen. Im Vergleich zu 1905 darf man davon ausgehen, dass die Rolle der Parteien von Anfang an sehr viel größer war. Die Menschewiki ergriffen nicht nur die Initiative, sondern gaben im Sowjet, bald gemeinsam mit den Sozialrevolutionären, auch den Ton an. Hinzu kam als weiterer Unterschied die Aufnahme von Soldatendeputierten. Mit dieser Erweiterung wurde der »Arbeiter- und Soldatenrat« endgültig zu einem repräsentativen Führungsgremium der sozialen Revolution.

Umso größere symbolische Bedeutung kam dem ersten regulär gewählten Kongress von Delegierten aller örtlichen Sowjets zu, der am 3. Juni 1917 in Petrograd zusammentrat. Insgesamt reisten 1090 Teilnehmer an, die 305 Sowjets und ca. 20 Mio. Urwähler repräsentierten. Über volles Stimmrecht verfügten 822 Abgeordnete. Davon bekannten sich 285 zur PSR, 248 zu den Menschewiki und 105 zu den Bolschewiki. In dieser Gestalt verdiente der Kongress zwar sicher nicht das Adjektiv »demokratisch«, da er unter Ausschluss der Besitzenden und derer gewählt wurde, die als ihre Verbündeten galten. Bei den tatsächlich demokratischen Wahlen zur Konstituierenden Versammlung einige Monate später gaben etwa doppelt so viele Berechtigte (41,7 Mio.) ihre Stimme ab. Dennoch konnte der erste Allrussische Sowjetkongress beanspruchen, ein legitimes Forum der »revolutionären Demokratie« zu sein und die große Mehrheit der Sympathisanten einer sozialen und keiner nur politischen Umwälzung zu vertreten.

Die Transformation des Sowjetgedankens von einer Streikleitung zum »Revolutionsparlament« zog auch die Ausweitung auf die Bauern nach sich. Dazu gab schon der Umstand Anlass, dass sie die große Mehrheit der Bevölkerung bildeten und ihre Unterstützung für jeden Umsturz unentbehrlich war. Andererseits kam es nicht von ungefähr, dass die Bauernbewegung in der ersten Revolution 1905 keine Sowjets hervorgebracht hatte und die Räteidee auch nach dem Februarumsturz auf dem Dorf nur zögerlich Fuß fasste. Das hatte zum einen mit der unvermindert tiefen Kluft zwischen Stadt und Land zu tun. Zum anderen gab es schon eine Institution, die das dörfliche Zusammenleben seit Menschengedenken regelte: die *obsčina*. In der Konkurrenz mit ihr hatten die Räte keine Chance.

Ein Betätigungsfeld öffnete sich ihnen zunächst nur auf den höheren Ebenen. Aber auch hier bedurfte es der Anregung durch die städtischen Arbeiter- und Soldatenräte, auf deren Initiative am 18. März in Moskau die erste bäuerliche Deputiertenversammlung stattfand.

Bis zum Mai entstanden 20 Räte, bezeichnenderweise in den Gouvernementsstädten, nicht auf dem Lande. Ihr erster Allrussischer Kongress (4.–28. Mai) war deshalb in geringerem Maße als der Allrussische Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte die Spitze einer bestehenden Pyramide. Seine Teilnehmer leiteten ihr Mandat nicht von den jeweils untergeordneten Sowjets ab, sondern wurden von allen volljährigen Bauern in einem zweistufigen Verfahren gewählt. Erst dieser Kongress gab der Gründung von Räten in den *volosti* und Dörfern den entscheidenden Impuls. Die Bauernsowjets entstanden von oben nach unten, nicht umgekehrt. Zu keiner Zeit vermochten sie ihre mangelnde Verwurzelung zu überwinden.

Der Oktoberumsturz veränderte den Charakter der Räte grundlegend. Zum einen ging der begrenzte Pluralismus zu Ende, der in der Selbstbezeichnung »revolutionäre Demokratie« zum Ausdruck kam. Die Sowjets verstanden sich zwar entschieden parteilich als Interessenvertretung der ausgebeuteten Klassen; dies schloss Repräsentanten der »bürgerlichen« Schichten und des politischen Liberalismus aus. Aber sie ließen Raum für unterschiedliche Auffassungen über die geeignetsten Mittel und Wege, um das Los der Unterdrückten zu verbessern. Die Bolschewiki und ihre linkssozialrevolutionären Bundesgenossen wollten diese Toleranz nicht länger akzeptieren. Ihre Delegierten im zweiten Allrussischen Kongress der Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte wählten noch am Abend des 25. Oktober ein neues Exekutivkomitee aus den eigenen Reihen. Obwohl mit Kamenev ein Befürworter einer sozialistischen Allparteienkoalition an seiner Spitze stand, war die Gleichschaltung damit faktisch bereits vollzogen. Der oberste Sowjet wurde zum Instrument der Bolschewiki.

Zum anderen bauten ihn die neuen Machthaber nun systematisch zu einem alternativen Repräsentationsorgan der »Vollbürger« in ihrer Definition aus. Ein erster Schritt bestand in der Einverleibung des Allrussischen Bauernsowjets, die der dritte Allrussische Kongress

der Arbeiter- und Soldatendeputierten in der zweiten Januarwoche 1918 förmlich vollzog. Damit wurde *ein* zentrales Gremium geschaffen, das als Gegenmodell zum »bürgerlichen« Parlament fungieren konnte und auf die Provinz übertragbar war. Der zweite Schritt bestand in der Ausarbeitung einer förmlichen Verfassung, die eine solche Hierarchie von Räten auf vier Ebenen: in den ländlichen Amtsbezirken (*volosti*), den Kreisen (*uezdy*), den Gouvernements (*gubernii*) und Großregionen (*oblasti*), etablierte und die jeweiligen Kompetenzen regelte. Dieses Dokument, mit dem die *Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR)* offiziell in die Staatenwelt eintrat, fixierte auch die prinzipiellen Eigenarten der Räteordnung im Unterschied zur parlamentarischen Demokratie.

Zu nennen sind insbesondere: – die Beschränkung des Wahlrechts auf diejenigen, »die ihren Lebensunterhalt aus produktiver und gesellschaftlich nützlicher Arbeit« bestritten. Wer Lohnarbeiter beschäftigte oder von Renten und Wertpapieren lebte, war ausgeschlossen; Kaufleute und Priester entmündigte man per definitionem. – die Aufhebung der Trennung zwischen Exekutive und Legislative, wie sie Montesquieu (»Vom Geist der Gesetze«, 1748) erstmals gefordert hatte und seit der Französischen Revolution zur Grundlage der liberalen Demokratie geworden war. Da sich der »Arbeiter- und Bauernstaat« exklusiv als Instrument seiner Klientel verstand, büßte auch die Justiz ihre Unabhängigkeit ein. Die Sowjetverfassung hob damit die Gewaltenteilung insgesamt auf. – der Verzicht auf Direktwahl der höheren Räte und deren »pyramidale« Bestellung. Auf diese Weise war der Selektion der wichtigen Entscheidungsträger Tür und Tor geöffnet. Um sie zu konterkarieren, hätte es eines starken Pluralismus auch im Zentrum der Macht bedurft. Einen solchen aber vermochte Lenin auch am Ende des Bürgerkriegs (und darüber hinaus) zu verhindern.